

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 5. Mai 1961

Blatt 815

Wer wird Miß Knopfloch ?

=====

5. Mai (RK) Auf Wiener Boden wurden schon viele große und kleinere Wettbewerbe, nicht selten unter beträchtlichem Reklameaufwand, ausgetragen. Über den Sinn so mancher Konkurrenz und den Wert der errungenen Titel und Trophäen gehen die Meinungen auseinander. Am kommenden Dienstag werden junge Mädchen in Wien zu einem Wettbewerb antreten, in dem es um ganz unscheinbare dafür aber umso nützlichere Dinge gehen wird. Die städtischen Lehranstalten für Frauenberufe veranstalten nämlich unter dem Motto "Flink und nett" einige Wettbewerbe, bei denen unter anderem die tüchtigste Knopflochnäherin, die beste Köchin und die beste Büglerin ermittelt werden soll. Die Preisverteilung an die Siegerinnen der insgesamt sieben Wettbewerbe wird nach Abschluß des Wettbewerbes Vizebürgermeister Mandl vornehmen.

Geehrte Redaktion !

Sie sind herzlich eingeladen, zu diesen Wettbewerben einen Vertreter ihrer Redaktion zu entsenden. Die Veranstaltung findet Dienstag den 9. Mai um 9.45 Uhr in der städtischen Lehranstalt 12, Dörfelstraße 1, statt.

- - -

10 Jahre Urlauberaktion der Gemeinde Wien
=====

5. Mai (RK) Zwei der fünf Heime, die in Niederösterreich von der Wiener Stadtverwaltung für ihre Dauerbefürsorgten über die Sommermonate gemietet wurden, sind bereits besetzt. Stadtrat Maria Jacobi wünschte den ersten 110 Gemeindeurlaubern, die in die Heime Tauchen und Neuhaus gefahren sind, eine recht gute Erholung. Sie verwies bei der Verabschiedung vor dem Rathaus darauf, daß die Urlauberaktion für Dauerbefürsorgte heuer schon das zehnte Jahr durchgeführt wird und überreichte aus diesem Anlaß jedem Teilnehmer ein Blumengeschenk. Die Aktion nahm im Jahre 1952 mit insgesamt 494 Gemeindeurlaubern ihren Anfang. Schon in den nächsten Jahren erreichte die Zahl der Frauen und Männer, die auf Kosten der Stadtverwaltung auf Urlaub geschickt werden konnten, 2.500. In diesem Jahr werden bis zum September insgesamt 55 Turnusse in fünf Heime mit rund 2.500 erholungsbedürftige Dauerbefürsorgte geführt.

- - -

Angelobung von neuen Bezirksräten
=====

5. Mai (RK) Heute wurden von Stadtrat Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters im Wiener Rathaus Anton Windhab (4. Bezirk) und Oskar Fachathaler (19. Bezirk) als neu berufene Bezirksräte angelobt. Magistratsrat Dr. Schütz verlas die Gelöbnisformel. Die neuen Bezirksräte leisteten Stadtrat Sigmund mit Handschlag das Gelöbniß.

- - -

Letzte Tage der Kokoschka-Ausstellung
=====

5. Mai (RK) Wer die Oskar Kokoschka-Ausstellung und die Ausstellung der Neuerwerbungen 1959/60 im Historischen Museum der Stadt Wien noch nicht gesehen hat, muß sich beeilen. Sonntag, den 7. Mai, 16 Uhr werden diese Ausstellungen endgültig geschlossen.

- - -

Bürgermeister Jonas eröffnete 16. Österreichischen Städtetag
=====

5. Mai (RK) Heute früh wurde im Wiener Rathaus der 16. Österreichische Städtetag von Bürgermeister Jonas eröffnet. 500 Delegierte aus den 182 Mitgliedsgemeinden des Städtebundes sowie Gastdelegierte aus der Deutschen Bundesrepublik, aus Jugoslawien und aus Holland nehmen an den Beratungen teil. Die Städte und Gemeinden, die im Österreichischen Städtebund vertreten sind, umfassen mit 3,5 Millionen Einwohnern mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung Österreichs.

Unter den Ehrengästen, die der feierlichen Eröffnung beiwohnten, sah man Nationalratspräsident Dr. h.c. Ing. Figl, Vizekanzler DDR. Pittermann, die Bundesminister Afritsch und Dr. Klaus, die Staatssekretäre Dr. Kranzlmayr und Rösch sowie als Vertreter des Unterrichtsministers Sektionschef Kövesy und als Vertreter des Sozialministers Ministerialrat Dr. Kraus. Auch eine Delegation des Österreichischen Gemeindebundes und Vertreter verschiedener öffentlicher Institutionen sowie leitende Beamte der Bundesverwaltung und der Landesregierungen nahmen an dem Eröffnungsakt teil.

Bürgermeister Jonas führte aus, daß der Städtetag eine reichhaltige Tagesordnung vorfinde. Es handelt sich um dringende Probleme der österreichischen Kommunalpolitik, die von ihrer Aktualität nichts eingebüßt haben, sondern eher noch mehr die Kräfte der Gemeinden in Anspruch nehmen. Die Wohnraumversorgung der städtischen Bevölkerung ist trotz aller Anstrengungen weiterhin ungenügend und bereitet den Bürgermeistern schwere Sorgen. Die Gemeindefunktionäre, die sich um eine gesunde Entwicklung ihrer Städte bemühen, sehen sich bei der Planung und Bodenbeschaffung und bei der Assanierung vor Schwierigkeiten gestellt, die trotz allen Anstrengungen nicht gemeistert werden können.

Die Aufgaben, die den Gemeinden durch die sprunghaft gestiegene Motorisierung erwachsen, sind bereits so groß und umfangreich geworden, daß sie mit eigener Kraft nicht mehr gelöst werden können. Hierfür müssen die Gemeinden vom Bund und von den Ländern Unterstützung verlangen, sonst entstehen große wirtschaftliche Schäden.

Die seit Jahren zusammen mit dem Gemeindebund vorbereitete Verfassungsnovelle zur Sicherung der österreichischen Gemeindeautonomie ist jetzt, wie wir hoffen, in einem günstigen Stadium der Behandlung. Ihre Gesetzwerdung soll den hohen demokratischen Charakter des österreichischen Gemeinderechtes verankern.

Die Funktionäre der österreichischen Städte und Gemeinden sind nach wie vor bestrebt, für das Wohl und Wehe der ihnen anvertrauten Mitbürger zu wirken. Die Städte wollen weiterhin die Träger des kulturellen und zivilisatorischen Fortschrittes in Österreich sein. Sie lenken deshalb auch auf diesem Städtetag die Aufmerksamkeit der gesetzgebenden Körperschaften, der Bundesregierung und der gesamten Bevölkerung auf die großen Aufgaben, die die Gemeinden zu leisten haben und bitten dringend um Verständnis und Unterstützung bei der verantwortungsvollen Arbeit.

Zur Begrüßung des Österreichischen Städtetages ergriff im Namen der Bundesregierung Vizerekanzler DDr. Pittermann das Wort. Die Delegierten des Städtetages mögen überzeugt sein, alle Mitglieder der Bundesregierung sind daran interessiert, daß die österreichischen Städte und Gemeinden an einer gesunden Entwicklung im Rahmen des Staates teilnehmen können. Er begrüßte es daher besonders, daß ein wesentlicher Teil der Beratungen der Aufgabe gewidmet wurde, ein bisher unerfülltes Versprechen unserer Bundesverfassung einen Schritt der Verwirklichung näherzubringen, nämlich die Verbesserung des Gemeinderechtes. Der Vizerekanzler verwies auch auf die Regierungserklärung über die Verstärkung des Wohnbaues. Er hoffe, daß es gelingen werde, in sehr kurzer Zeit die Besprechung über die Erfüllung dieses Punktes des Regierungsprogrammes fortsetzen zu können. Den Beratungen des Städtetages wünschte der Vizerekanzler abschließend einen guten Erfolg.

Ferner sprachen als Vertreter des Deutschen Städtetages Oberstadtdirektor Dr. Jobst, für den jugoslawischen Städteverband der Zagreber Bürgermeister Holjevac und Bundesrat Grundemann für den österreichischen Gemeindebund.

Kommunale Kulturpolitik in der industrialisierten Gesellschaft
=====

5. Mai (RK) Das erste Referat beim Österreichischen Städte- tag hielt der Vorsitzende des Kulturausschusses des Österreichi- schen Städtebundes, Direktor Dr. Alfred Mikesch, über "Kommunale Kulturpolitik in der industrialisierten Gesellschaft."

Der Referent führte unter anderem aus: "Wenn wir das Kulturbedürfnis als dem einzelnen und der Gesellschaft ein- geboren betrachten, wenn wir die volks- und staatenbildende Kraft der Kultur begreifen, schließlich aber auch die Gefahren des Untergangs, dann müssen wir für unsere Zeit für den ein- zeln sowohl wie für die Gesellschaft die Frage erheben, welches die Aufgaben für die Mitte des 20. Jahrhunderts sind, welches die Gefahren gerade unserer Zeit und wie wir ihnen begegnen können.

Der Zweck bleibe die vollständige Entfaltung des Individuums in einer freien, aber geordneten Gesellschaft. Haben wir uns auf diesen Grundsatz geeinigt, dann werden wir bei einer Prüfung unserer Situation sehr rasch erkennen, daß beides, die Indivi- dualität und die Freiheit der Gemeinschaft, im Zeitalter der Technik mehr gefährdet sind als je zuvor.

Es sind Fragen der Existenz in des Wortes letzter Be- deutung, und wir wollen damit sagen, daß alle Spitäler und Kindergärten, so modern sie sein mögen, allein nichts nütze sein werden, wenn wir Existenz mit materieller Wohlfahrt ver- wechseln, ja, daß die alleinige Konzentration auf die materielle Wohlfahrt dem Menschen nichts hinzufügt, sondern etwas nimmt.

Welches sind nun die Kennzeichen der technisierten Gesell- schaft?

Symbol dieses Zeitalters und Keimzelle fast jeder Entwick- lung ist die Maschine. Sie und das Prinzip der Arbeitsteilung sind imstande, die physische Beanspruchung des Arbeiters zu vermindern, die Produktion zu beschleunigen und zu verbilligen. Solange wir uns der Maschine bedienen, können ihre Vorteile überwiegen. Heute aber sind wir soweit, daß die Maschine den Arbeitsrhythmus diktiert, daß die Aufspaltung der Produktion in eine Unzahl nicht mehr überschaubarer Einzelverrichtungen dem Arbeiter das Gefühl für die Ganzheit seiner Leistung nimmt. Was theoretisch Segen sein könnte, nämlich die Ersparnis an Arbeitskraft und Ausbildungszeit, das zerstückelt die

Arbeitsverantwortung und ebnet das Ich ins graue, gesichtslose Heer der industriellen Hilfskräfte.

Sogar dort, wo uns die Maschine aus ihrem Bann zu entlassen scheint, wo die sinnvolle Ordnung der Technik wertvolle Freizeit für die charakterliche Entfaltung des einzelnen einspart, sogar die Verkürzung der Arbeitszeit mündet in dem Problem, wie denn der Arbeiter noch in seiner privatesten Sphäre wirklich der Maschine entgehen kann.

Die Entwicklung des Verkehrs wieder ließe die Kontinente brüderlich zusammenrücken, aber in der kleiner und enger gewordenen Welt bringt jeder noch so entfernte Konflikt, wie von einem Erdbebenzentrum aus, auch bei uns die politischen Seismographen zum Ausschlagen; das geradezu entfesselte Nachrichten- und Vervielfältigungswesen verleiht uns, zusammen mit Funk, Film und Fernsehen, das Gefühl der Allgegenwart, das Empfinden einer an jedem Punkte der Erde für jeden anderen Punkt der Erde verantwortlichen Präsenz, aber anstatt aus diesem Zerbrechen der engen nationalen Schalen eine zwingende Schlußfolgerung zu ziehen, vergleichen wir nur mit einer gewissen Selbstzufriedenheit die relative Sicherheit bei uns mit der eklatanten Unsicherheit bei den anderen, stumpfen ab und werden gleichgültig.

Diese Skizze der technisierten Welt wäre zu ergänzen durch den Hinweis auf die erst am Beginn ihrer Entwicklung stehenden Möglichkeiten, wie sie sich aus der Gewinnung neuer Energie, neuer Herstellungsverfahren ergeben, sie müßte die Automation und Elektronik ebenso in ihr Bild einbeziehen, wie die Kernspaltung, sie hätte die Revolution der Rüstungsindustrie ebenso zu beachten, wie das Versickern des Interesses für die Geisteswissenschaften, Lärm, hektische Unruhe, Reklame, billiges Vergnügen, "Betrieb" außerhalb des Betriebs, das alles gehört dazu - unsere Sprachschlamperei und das Verwechseln von Wohlfahrt mit Existenz. Wenn daher, von welcher verantwortlichen Körperschaft immer, der Versuch unternommen wird, den schwankenden Boden zu festigen, so muß dem Geschäftsgeist, dem Konformismus, dem platten kollektiven Denken der Kampf angesagt werden, um den einzelnen aus seiner Bequemlichkeit herauszuholen und ihn zur Besinnung auf sein ruhigeres Selbst zu führen.

Wir sind nun der Meinung, daß in Österreich gerade die Gemeinden Träger einer solchen Kulturpolitik sein müssen, stärker als der Bund oder das Land, weil sie die soziologischen Voraussetzungen besser kennen und weil der Gemeindebürger für sie noch nicht anonym geworden ist. Wenn überhaupt eine Verwaltungseinheit noch unmittelbare Beziehung zum einzelnen hat, dann ist es die Gemeinde.

Der Kulturausschuß des Österreichischen Städtebundes hat ein Programm ausgearbeitet, das als Empfehlung an die Mitgliedsgemeinden hinausgehen soll. Dieses Kulturprogramm geht von der Voraussetzung aus, daß es, auch in der so häufigen budgetären Bedrängnis, in der sich die österreichischen Gemeinden befinden, einen Verzicht auf kulturelle Tätigkeit nicht geben darf, weil eine solche Resignation die übrige kommunale Tätigkeit ihres inneren Sinnes, nämlich des Dienstes am ganzen Menschen, berauben würde.

Die Gemeinden weisen daher der Kulturarbeit innerhalb des kommunalen Aufgabenkreises einen festen Platz zu. Im engeren Sinne zählt dazu die Pflege der Volksbildung, der heimatlichen Kultur, der Wissenschaft und der Kunst.

Natürlich wird eine solche Kulturpflege von den örtlichen Gegebenheiten ausgehen müssen, aber doch zur Vollendung in einem höheren Ganzen streben. Die ortsgebundene Heimatpflege z.B. wird die Kultur der Landschaft in den weiteren Grenzen nicht vergessen, und unser so oft bemühtes Bekenntnis zu Österreich enthebt uns nicht der Verpflichtung, schon auf dem Boden der Gemeinde europäisch zu denken.

Was man aber leistet, das hängt auch von der Finanzkraft ab. Der Umfang des Budgets entspricht in der Regel der Größe einer Gemeinde und wenn es auch Sonderfälle geben wird, so sind wir doch der Meinung, man könne zwischen der Größe der Gemeinden und dem Kulturbudget eine bestimmte Relation aufrechterhalten.

Wir glauben, daß unsere Bemühung in zwei Richtungen zielen sollte. In eine, die von außen her Voraussetzungen schafft, die durch Gestaltung der Umwelt gewissermaßen den Boden ebnet und in eine zweite, die zur eigenen selbständigen Tätigkeit ermutigt. Formen wir die Umgebung, in der sich das Kind, der Jugendliche und der Erwachsene bewegen, so helfen

wir schon an der inneren Ordnung mit, zeigen wir aber, welchen Weg und mit welchen Mitteln jeder einzelne für sich gehen kann, so aktivieren wir seine Persönlichkeit.

Aber auch das beste Programm wäre unnütz, stünde nicht der Wille dahinter, es mit besten Kräften zu verlebendigen; setzen aber die hier versammelten Gemeinden ihren Stolz darein, im Rahmen ihres Gemeinwesens das Mögliche zu tun, so wird die Summe dieser Anstrengungen mehr sein als eine bloße Addition von Veranstaltungen und kulturellen Einrichtungen. Dämme gegen die Auswüchse des technischen Zeitalters können Gefahren zwar nicht beseitigen, aber sie helfen, sie von den Grenzen unserer Städte abzuhalten. Im Schutze solcher Wälle wird es sich auch im geistigen Sinne gesünder leben lassen."

- - -

Die Zukunftsaussichten des österreichischen Fremdenverkehrs

=====

5. Mai (RK) Das zweite Referat beim Österreichischen Städte-tag hielt Hochschuldozent Dr. Paul Bernecker, der Vorstand des Institutes für Fremdenverkehrsforschung der Hochschule für Welt-handel Wien.

Er sprach über "die Zukunftsaussichten des österreichischen Fremdenverkehrs". Der Vortragende führte unter anderem aus: "Während die industrielle Produktion genaue Statistiken, Marktforschung und Marktbeobachtung als wichtigste Instrumente ihrer Erzeugungsprogramme und Investitionen verwendet, ist der Fremdenverkehr im allgemeinen auf eine sehr mangelhafte Statistik angewiesen, Marktbeobachtung und Marktforschung sind, wenn überhaupt, Einzelaktionen, die nur sehr begrenzte Einblicke in Teile der touristischen Nachfrage gewähren. Einleitend wurde festgestellt, daß in den 80iger Jahren des vorigen Jahrhunderts Fremdenverkehr und Fremdenverkehrspflege in Österreich begannen, daß auch die Zahlungsbilanz Österreich-Ungarns auf die Erträge aus dem Fremdenverkehr angewiesen war und daß somit der Beginn des österreichischen Fremdenverkehrs nicht, wie fälschlich angegeben wird, mit den Jahren ab 1923 anzusetzen sei, sondern die Republik Österreich bereits auf Erfahrungen und Organisationsprinzipien der Monarchie zurückgreifen konnte. In den Jahren 1920 begann

das, was immer im Laufe der Geschichte zur Blütezeit bestimmter Erscheinungen geführt hat, nämlich die soziologisch bedingte Übernahme von Bedürfnissen und Gewohnheiten bevorzugter Schichten durch neue, breitere Gesellschaftskreise. Ein Überblick über die zahlenmäßige Entwicklung des österreichischen Fremdenverkehrs von 1925 bis 1960 zeigt augenfällig diese Entwicklung in die Breite.

Die Struktur des derzeitigen österreichischen Fremdenverkehrs mit der starken Dominante der deutschen Nachfrage erfordert in marktmäßiger Betrachtung eine Gegenüberstellung der Zahl der ausländischen Besucher pro 100.000 Einwohner ihres Heimatlandes. Daraus ergibt sich eine Verschiebung in der Wertigkeit des touristischen Herkunftslandes. So sind von 100.000 Bürgern der Deutschen Bundesrepublik 4.800 nach Österreich gereist, von je 100.000 Schweizern 2.900, während sich bei den anderen Nationen folgende Relationen ergeben. Holländer 1.800, Belgier und Luxemburger 950, Dänen 1.400, Schweden 825, Engländer 570, Franzosen 460, Amerikaner 150. Die weitere Beziehung dieser Zahlen auf die Einwohnerzahl der Herkunftsländer ergibt eine gewisse Einsicht in die potentielle touristische Nachfrage, wozu noch die Gliederung nach Einkommenshöhe und räumlicher Verteilung der Bevölkerung in städtischen und ländlichen Gebieten als weitere Beurteilungsfaktoren kommen.

Allerdings sind auch die immateriellen Faktoren zu berücksichtigen, wie Grad der Reiselust, Einstellung gegenüber dem werbenden Land, ausgeprägte nationale Präferenzen, sowie die Relation Reisekosten und Aufenthaltskosten. Die Motorisierung führt zu einer touristischen Mobilität mit der Tendenz, die Aufenthaltsrate zugunsten der Reiserate möglichst niedrig zu halten, daher ergeben sich erkennbare Tendenzen nach leicht und rasch zu befahrenden Straßen, vor allem Autobahnen. Die europäischen Autobahnprojekte gewinnen damit und im Hinblick auf die bestehende touristische Nord-Süd-Richtung besondere Bedeutung. Die ungünstige Situation Österreichs mit einer nur teilweisen West-Ost-Autobahn wird damit offenkundig. Andererseits wird unter dem Einfluß der Medizin der Erholungsaufenthalt wieder moderner; der von Österreich geprägte Slogan der "Oasen der Stille" hat sich in den letzten drei Jahren als überzeugende Werbung erwiesen,

die Schaffung von Ruhezeiten und Erholungsdörfern wird den unverkennbaren Trend zur einstigen Sommerfrische weiter verstärken. Strukturänderungen aus wirtschaftspolitischen Gründen könnten im Gegenüberstehen der beiden Blöcke EWG und EFTA möglich werden, insbesondere dann, wenn der EWG-Raum eine gemeinsame Fremdenverkehrspolitik aufnimmt. Er hat seinerseits alles zu bieten, was Europa an touristischen Attraktionen einsetzen kann, vom Hochgebirge bis zum südlichen Meer.

Die Tatsache, daß der europäische Fremdenverkehr zu 82 Prozent, der österreichische Fremdenverkehr zu 93 Prozent ein inner-europäischer Fremdenverkehr ist, kann sich dahingehend auswirken, daß die ständig neu entstehenden touristischen Angebote sich nur an zwei Nachfragezentren wenden, nämlich Europa und die USA. Das Jahr 1960 hat bereits beim kaufkräftigen Reisepublikum eine gewisse Sättigung an den traditionellen europäischen Fremdenverkehrszielen erkennen lassen, ein Umstand, der den außereuropäischen touristischen Möglichkeiten steigende Bedeutung verleiht. Die politische Konsolidierung dieser Räume in den nächsten Jahren wird den Anreiz zu Reisen noch erhöhen. Statistisch wird sich dies kaum auswirken, da alljährlich neue Gesellschaftsschichten in Einkommensgruppen aufsteigen, die ihnen die Teilnahme am Fremdenverkehr gestattet. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß Europa in immer stärkerem Maße eine Kaufkraftschwächung erfährt.

Der außereuropäische Reiseverkehr ist überwiegend ein Reiseverkehr aus den Vereinigten Staaten nach Europa, der allerdings für das Jahr 1961 bisher gekennzeichnet ist durch eine steigende Zahl von Stornierungen bereits vorgenommener Buchungen. Die politische Lage wird als Begründung angeführt, aber auch der Umstand, daß Präsident Kennedy von Maßnahmen gesprochen hat, die notwendig sind, der passiven Zahlungsbilanz der USA zu begegnen. Dies wurde vielfach ausgelegt als eine Aufforderung "zu Hause zu bleiben und zu sparen". Die Aussichten des Fremdenverkehrs in weiterer Zukunft sind daher gekennzeichnet durch eine unverändert starke europäische Nachfrage, allerdings mit abnehmender Kaufkraft, wobei durch neue und besondere Attraktionen, wie zum Beispiel Verkehrserschließung, Unterstützung der Tendenz zu Erholungsaufenthalten und ähnliches mehr, verstärkter Anreiz zum

Verbleiben innerhalb des europäischen Feriengebietes geboten werden könnte. Notwendig hierzu scheint eine Konzentration und Koordination aller fremdenverkehrspolitischen Maßnahmen auf nationaler, wie auch auf europäischer Ebene.

- - -

Gedanken zur baulichen Entwicklung der europäischen Gemeinden
=====

5. Mai (RK) Das letzte Referat am ersten Tag des Österreichischen Städtetages hielt Ir. C. van Traa, Leiter des Stadtplanungs- und Wiederaufbauamtes der Stadt Rotterdam über "Gedanken zur baulichen Entwicklung der europäischen Gemeinden".

Der Vortragende führte unter anderem aus: "Der Städtebau bildet die Grundlage für die planmäßige Entfaltung der Bebauungsmöglichkeiten und die Entwicklung des Wirtschaftslebens.

Mit Rücksicht auf den Privatbodenbesitz ist die Beschränkung des Bodengebrauchs im Wirtschaftsleben eine soziale Notwendigkeit. In Gegenden, zum Beispiel in der Wüste oder auf dem Meer, in denen der Boden keine wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen hat, gibt es keine Bodenpreise und somit auch keine Bodenspekulation. Im Einflußbereich von wirtschaftlichen Bedürfnissen ist praktisch die freie Verfügung über den Boden ausgeschaltet, weil sein Wert, den Anforderungen entsprechend, variabel ist.

Stadtbau und Planung sind den menschlichen Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßt; sie sind zur Verteidigung des Wirtschaftslebens unerlässlich.

Die gegenwärtig getroffenen städtebaulichen Maßnahmen und Vorschläge bilden vorwiegend Empfehlungen für kommende Generationen, die auf relativ beschränktem Bodenbesitz größeren Aufgaben gegenüberstehen werden.

Die Planung, unterstützt durch eine lückenlose Gesetzgebung, wird es möglich machen, das heutige Haus der Gemeinschaft aufrecht zu erhalten und zu bessern, und das neue Haus für morgen zu sichern.

Dazu braucht man eine weitgehende Koordinierung von Bauordnungen, Koordinierung von Gesetzen für Stadt und Land, von Steuermaßnahmen und Richtlinien einer Nationalplanung.

./.

Die Koordinierung von Gesetzen und Maßnahmen ist zur Verteidigung der nationalen Existenz und im Hinblick auf das Anwachsen der Bevölkerung unentbehrlich. Voruntersuchung, Planung und Gesetzgebung sind zur Vorbereitung, Ankauf und Enteignungsmöglichkeiten für die Ausführung notwendig. Zahl, Größe, Typ und Ausstattung der Wohnungsbauten sind mit Rücksicht auf Assanierung, Veralterung der Bevölkerung (Altersheime), Rückstand der Wohnungstotalität, finanzielle Lage und Baumöglichkeiten zu planen. Man baue Wohnungen mit Zukunftswert. Inwiefern das Hochhaus eine Lösung für das Wohnungsproblem bietet ist eine noch immer umstrittene Frage.

Die Relation zwischen Wohnung und Arbeit erfordert eine planmäßige Koordinierung, welche die relative Selbständigkeit dieser zwei Funktionen zum Ausdruck bringt. Die Industrialisierung ist eine Notwendigkeit für die schnell wachsende Weltbevölkerung. Mit Rücksicht auf Konzentration und Dezentralisation ist sowohl Planung auf kurze Sicht als auch auf lange Sicht notwendig. Wohnen, Arbeit und Rekreation gehören zusammen: ohne Freiflächen ist eine Gemeinschaft mit Wohn- und Arbeitsgelegenheit noch immer wie ein Haus ohne Sonne. Man muß Rekreativnormen, abhängig von Umständen und Einrichtung der Wohngebiete, planmäßig feststellen.

Durch gesetzliche Festlegung im Flächennutzungsplan wird der immer mehr benötigte Raum für Erholung und Rekreativbedürfnisse - neben Wohn- und Arbeitsraum - für die zukünftige Bevölkerung und ihre Freizeit gesichert. Der Wert der Rekreativlage ist von Privatverkehrsmitteln und öffentlichen Verkehrsmitteln abhängig. Klarheit, Übersichtlichkeit und Zweckmäßigkeit sind für den Verkehr als Verbindung zwischen Arbeit, Wohnen und Erholung als eine Notwendigkeit zu betrachten.

Die Verkehrsplanung erfordert Zusammenarbeit auf Grund internationaler Normen und muß unbedingt in ihrer Durchführung gesetzlich geschützt werden. Zur Sicherung der fundamentalen, für die Lebensökonomie der Nation wichtigen Verbindungen sind Ankauf- und Enteignungsmöglichkeiten notwendig. Verkehrsfehler sind kaum wiedergutzumachen - daher: grundlegende Voruntersuchung.

Umleitungen für die nicht auf die Stadt gerichteten Verbindungen sind ebenso notwendig, wie genügend Parkraum für den

auf die Stadt gerichteten Verkehr. Freiraum in der Stadt ist ebenso notwendig wie bebauter Raum.

Obrigkeit und Stadtverwaltung streben nach der Feststellung von Gesetzen und Maßnahmen, welche die Entwicklungsmöglichkeiten sichern. Die Entwicklung in den USA sollte auch für uns, angesichts der Zunahme des Prozentsatzes an Personenkraftwagen, eine Warnung sein. Es wirft sich die Frage auf, ob überhaupt, und wenn ja, in welcher Weise die öffentlichen Verkehrsmittel eine Personenkraftwagen-Katastrophe verhindern können.

Das Zusammenwirken zwischen Architekten und Ingenieuren einerseits sowie zwischen diesen und der Stadtplanung andererseits ist eine wesentliche Voraussetzung zur Realisierung der wirtschaftlichen Möglichkeiten in unserem Jahrhundert. Auf Grund der in Holland gemachten Erfahrungen ist gerade in dieser Hinsicht ein Zusammenspiel der Kräfte von größter Wichtigkeit.

Es ist sowohl in unserem eigenen Interesse als auch für die kommenden Generationen wünschenswert und erfolgsversprechend, diejenigen Maßnahmen, die zur Verteidigung der Nationalwirtschaft und zur Entwicklungsmöglichkeit der Menschen notwendig erscheinen, in ihren Grundlagen systematisch zu erarbeiten und im Zusammenwirken aller erforderlichen Kräfte zu realisieren.

Der schwere und niemals aufhörende Kampf für die Verteidigung der in wirtschaftlicher oder anderer Hinsicht an das Stadtgefüge gebundenen Menschen bleibt die städtebauliche Aufgabe für Heute und Morgen.

- - -

Verschobene Sprechstunden

=====

5. Mai (RK) Beim Amtsführenden Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Karl Iakowitsch findet die Sprechstunde in der nächsten Woche ausnahmsweise am Dienstag, den 9. Mai, von 8 bis 10 Uhr, statt.

- - -

Karl Rosner zum Gedenken
=====

5. Mai (RK) Auf den 6. Mai fällt der 10. Todestag des Schriftstellers Karl Rosner.

Am 5. Februar 1873 in Wien als Sohn eines Buchhändlers geboren, kam er schon frühzeitig mit dem literarischen Leben der Stadt in Berührung. In Leipzig, Breslau und München war er im Verlagswesen tätig und übersiedelte schließlich als freier Schriftsteller nach Berlin, wo er vor zehn Jahren starb. Sein Werk kommt aus der Atmosphäre der Jahrhundertwende mit ihren aus Dekadence und Naturalismus gemischten Dichtungen. Von Schnitzler und Maupassant, die er übersetzt hat, stark angeregt, wurde Rosner mit seinem ersten großen, 1906 erschienenen Roman "Georg Bangs Liebe" in weiten Kreisen bekannt. Das Buch weist starke autobiographische Züge auf. Nach dem ersten Weltkrieg wandte er sich dem historischen Roman zu. 1925 veröffentlichte er den modernen Sittenroman "Der geschundene Eros". 1948 erschien das Erinnerungsbuch "Damals", das persönliche Erinnerungen aus der Jugendzeit enthält und ein interessantes kulturgeschichtliches Bild gibt.

- - -

Neues Landesgesetzblatt
=====

5. Mai (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält die Abänderung einer Verordnung über die tierärztliche Untersuchung von Tieren, die in Wien ein- und ausgeladen werden.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei, Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27a erhältlich.

- - -

Wieder ein neuer Kindergarten
=====

5. Mai (RK) Wieder hatte ein neuer Kindergarten Premiere. Heute luden die Kinder des Kindergarten- und Horthauses in Simmering in der Sedlitzkygasse 26 ihre Eltern in das neue Heim ein, um ihnen bei einer kleinen Jause die Sehenswürdigkeiten des Kindergartens zeigen zu können. Auch der Amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen Maria Jacobi nahm an der kleinen Feier teil.

Das Haus wurde an Stelle des alten Kindergarten- und Horthauses errichtet. Das alte Haus hat räumlich in keiner Weise mehr den Bedürfnissen eines modernen Kinderheimes genügt. Während das alte Haus vier Gruppen (zwei Kindergarten- und zwei Hortgruppen) beherbergte, ist das neue für fünf Gruppen eingerichtet. Es werden drei Kindergarten- und zwei Hortgruppen geführt, sodaß darin 150 Kinder tagsüber ein zweites Daheim finden.

Stadtrat Maria Jacobi unterhielt sich nicht nur mit den Kindern, sondern vor allem mit den Müttern, die sehr zahlreich erschienen waren. Sie zollten den jungen Müttern Lob, daß sie sich so vorbildlich, auch wenn sie in Arbeit stehen, um ihre Kinder kümmern. Sie bat sie aber, sehr daran zu denken, daß gerade die Kinder, die die Mutter unterm Tag entbehren müssen, nicht genug Liebe finden können, Liebe nicht nur von Seiten der Kindergärtnerin, sondern vor allem von den Müttern und Vätern.